

EU-Zuwanderung fördert Arbeitslosigkeit!

Ueli Brassler, Gemeinderat, SD-Zentralpräsident, Zürich

Die Arbeitslosenzahlen in der Schweiz sind in den letzten Monaten richtiggehend explodiert. Dennoch geht die Zuwanderung trotz Rezession kaum zurück. Im Gegenteil: 51'000 EU-Ausländer haben im 2009 im Rahmen des Freizügigkeitsabkommens eine Aufenthaltsbewilligung erhalten, dazu kommen weitere knapp 52'000 Kurzaufenthaltsbewilligungen. Deshalb fordern wir Schweizer Demokraten als einzige Partei den längst fälligen Zuwanderungsstopp und die Kündigung des Abkommens über die Personenfreizügigkeit mit der EU.

Auf dem Arbeitsmarkt verschärft sich die Lage weiter: Im Dezember 2009 stieg die Arbeitslosenquote auf 4,4 Prozent. Und es kommt noch schlimmer! Die Wirtschaftskrise hat den Schweizer Arbeitsmarkt fest im Griff: Ende 2009 waren bei den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) 172'740 Arbeitslose gemeldet. Das sind 8'800 mehr als im November. Die Arbeitslosenquote stieg um 0,2 Prozentpunkte auf 4,4 Prozent. Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) prognostiziert für 2010 und 2011 eine durchschnittliche Arbeitslosenquote von 4,9 Prozent. Für die Jugendlichen ist die Lage noch schlimmer. Zehntausende von Arbeitslosen sind ausgesteuert und leben einzig von der Sozialhilfe. Nicht wenige wurden zu IV-Rentnern gemacht.

Der Bundesrat schläft

Deshalb muss der unkontrollierten Einwanderung aus den EU-Staaten endlich ein Riegel geschoben werden. Denn trotz schlechter Wirtschaftslage wurden in den ersten drei Monaten des vergangenen Jahres bereits 30'000 neue Arbeitsbewilligungen an EU-Bürger erteilt, was hochgerechnet 120'000 Bewilligungen für das Jahr 2009 entspricht. Dabei stieg die Arbeitslosigkeit bei Schweizer Arbeitnehmern bereits von September 2008 bis Dezember 2009 um 72 % von 1,8 auf 3,1 %, die Arbeitslosenquote der deutschen und der portugiesischen Arbeitnehmer in der Schweiz explodierte in derselben Zeit (D: um 125 % von 2,0 auf 4,5 %; P: um 78 % von 3,7 auf 6,6 %)! Obwohl die Arbeitslosigkeit in der Schweiz also seit Monaten massiv ansteigt, hat der Bundesrat auf die Anrufung der Ventilklausel verzichtet. Damit gibt die Landesregierung ein wichtiges Instrument zur Regulierung der Einwanderung und zur Bekämpfung der steigenden Arbeitslosigkeit aus der Hand, da allfällige künftige Kontingente aufgrund der Einwanderungszahlen der letzten drei Jahre festgelegt werden und ab 2010 nur noch Jahre mit sehr hohen Einwanderungszahlen in diese Berechnung einfließen.

Druck auf Schweizer Arbeitnehmer

Die Nichtanwendung der Ventilklausel zum heutigen Zeitpunkt ist ein Fehler, der zu ernsthaften Problemen auf dem Arbeitsmarkt und in den Sozialwerken führen wird. Immer mehr Schweizer Arbeitnehmer bekommen den Druck der ausländischen Konkurrenz zu spüren und verlieren ihre Stelle. Aber auch die ausländischen Arbeitnehmer, welche ihren Arbeitsplatz verlieren, kehren nicht in ihre Heimatländer zurück, sondern belasten unsere Sozialversicherungen. So beträgt der Ausländeranteil bei den Arbeitslosen bereits heute 44,6 %.

Schlendrian im Asylwesen

Auch im Asylbereich besteht dringender Handlungsbedarf: Die neuesten Zahlen des Statistischen Amtes der EU (Eurostat) zeigen deutlich, dass der seit Anfang 2008 zurückgekehrte Schlendrian im Asylwesen dramatische Folgen hat. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl des jeweiligen Landes haben nur gerade Zypern, Malta und Schweden eine höhere Pro-Kopf-Asylgesuchsrates als die Schweiz. Und bei der Anerkennungsquote steht unser Land gar einsam an der Spitze: Während in der gesamten EU durchschnittlich

ein Viertel der Asylgesuche positiv entschieden wird, gewährte die Schweiz drei von vier Gesuchstellern Asyl! (In Zahlen – EU: 51'960 positive Entscheide bei 193'690 Gesuchen; Schweiz: 8'455 positive Entscheide bei 11'175 Gesuchen) Schlecht schneidet unser Land auch bei den pendenten Fällen ab (18 Platz von 22 untersuchten Staaten). Aufgrund dieser lange Zeit verschleppten Verfahren werden Rückschaffungen oft verunmöglicht.

Wir Schweizer Demokraten fordern deshalb den Bundesrat auf, wirksame Massnahmen zu ergreifen, um die markant höheren Asylgesuchszahlen der ersten vier Monate 2009 wieder zu reduzieren (2009: 6'139 Gesuche; 2008: 3'872 Gesuche) und die Asyl-Anerkennungsquote der Schweiz auf ein vertretbares «EU-Niveau» zu senken.

Sozialhilfe bei Ausländern: Fass ohne Boden

Was wir Schweizer Demokraten schon lange wussten, haben wir nun schwarz auf weiss: Gemäss Sozialhilfestatistik des Bundesamtes für Statistik (BFS) 2007 explodiert die Ausschüttung der Sozialhilfe an Ausländer förmlich. 43,9 % aller Sozialhilfeempfänger sind ausländischer Nationalität, während ihr Anteil an der Wohnbevölkerung knapp 21 % beträgt. Interessant ist auch die Herkunft der ausländischen Sozialhilfeempfänger. Mehr als ein Drittel der Ausländer mit Sozialhilfe stammt aus europäischen Ländern, die nicht der EU oder EFTA angehören (u. a. Türkei, Albanien, einzelne Staaten aus Ex-Jugoslawien). Was zudem sämtliche Medien hierzulande verschweigen: Gemessen an ihrer Anzahl in der Gesamtbevölkerung sind die Bezüger von Sozialhilfe afrikanischer, lateinamerikanischer oder asiatischer Nationalität mit Abstand Spitzenreiter.

Was unsere kosmopolitischen Medien zudem ebenfalls verschweigen: Aus dem aussereuropäischen Kulturraum (Afrika, Asien, Lateinamerika) haben wir es immer mehr mit einer Zuwanderung in unsere Sozialwerke zu tun, während die europäischen Einwanderer immer mehr die einheimischen Arbeitnehmer verdrängten. Diesen unerfreulichen Tatsachen werden wir Schweizer Demokraten nicht weiterhin tatenlos zusehen. Fortsetzung folgt.

Internetseite des Bundes:
<http://www.personenfreizuegigkeit.admin.ch/fza/de/home.html>.